aurora

Zeitung für revolutionäre Perspektiven

48 Jan/Feb 2025 — Normalpreis: 1€ — Solipreis: 2€

rso revolutionär sozialistische organisation

BUNDESTAGSWAHL

- Wir kandidieren!
- Jugend und Arbeitende gegen die extreme Rechte

ab Seite 2

MILITARISIERUNG

Schulen in der Kriegsvorbereitung

Seite 5

AUS DEN BETRIEBEN

- Gegen niedrige Löhne und Entlassungen!
- Deutsche Profite

ab Seite 6

ÖSTERREICH

Pleiten, Budgetloch, Klassenkampf

Seite 8

INTERNATIONAL

- Zerrissenes Rojava
- Israels Kampf um regionale Hegemonie

ab Seite 10

REZENSION

Die Saat des heiligen Feigenbaums

Seite 15

Klassenkampf im Wahlkampf!

Alle vier oder fünf Jahre dürfen wir in Deutschland und Österreich ein Kreuz machen und es wird behauptet, damit könnten wir politisch bestimmen, wo es langgeht. Doch wer glaubt noch an ihr Versprechen von „Demokratie"? Die Regierungsbildungen werden immer schwieriger, aktuell in Österreich, aber auch in Deutschland kommen die Neuwahlen, weil die Ampelregierung nicht stabil war.

Als Revolutionär:innen bleiben wir in Wahlkampfzeiten nicht untätig, auch wenn wir überzeugt sind, dass nicht Wahlen, sondern kollektive Kämpfe die Welt verändern: Wir treten in einem Wahlbündnis mit RIO in einzelnen Wahlkreisen zur Bundestagswahl an, um ein Programm für die Probleme der Arbeitenden vorzuschlagen:

In Deutschland und in Österreich gibt es Betriebsschließungen und Massenentlassungen. AfD und FPÖ sind auf dem Vormarsch. Der militaristische Rechtsruck zeigt sich auch am Beispiel der Bundeswehr in Schulen. Die Regierungen beteiligen sich an der imperialistischen Zuspitzung von Konflikten: Der beste Freund von Scholz und Merz, Netanjahu, führt seine Untaten immer weiter. Auch die Kurd:innen in der Region geraten durch den NATO-„Partner" Erdoğan weiter unter Beschuss.

Zum Redaktionsschluss werden massive Proteste gegen den AfD-Parteitag vorbereitet. Solch eine Bewegung von unten, die über die Wahlen hinaus fortgesetzt werden muss, ist die richtige Antwort auf die politische Situation. Denn diese kapitalistische Welt muss sterben, damit wir leben können! Dafür brauchen wir eine kräftige Widerstandsbewegung. Dieses Bild trägt auch der iranische Film „Die Saat des heiligen Feigenbaums" in seinem Titel. Unsere Rezension macht einen Abstecher in die revolutionäre Geschichte dieses Landes.

Unser Ziel ist es, die Welt zu verändern. Unser Programm ist ein Kampfprogramm, dessen Verwirklichung allein von der Bereitschaft von Millionen von Arbeitenden abhängt, sich zu engagieren und ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen, hierzulande, in Europa und der Welt. ■

Wir kandidieren für den Bundestag: Unterstützt uns dabei!

Die Revolutionär Sozialistische Organisation (RSO) und die Revolutionäre Internationalistische Organisation (RIO) kandidieren für die kommende Bundestagswahl in drei Wahlbezirken als Erststimme mit dem Slogan: „Für eine Welt ohne Grenzen, Krieg und Ausbeutung“.

Für dieses Ziel treten an:

Franziska Thomas (Sozialarbeiterin, RSO)
– Berlin Tempelhof-Schöneberg

Inés Heider (Sozialarbeiterin, RIO)
– Berlin Friedrichshain-Kreuzberg/
Prenzlauer Berg Ost

Leonie Lieb (Hebamme, RIO)
– München West/Mitte

Diese Bundestagswahl wird – egal wie sie ausgeht – nicht die kapitalistische Sackgasse überwinden, die Löhne und Sozialleistungen auf ein mickriges Niveau drückt, die den öffentlichen Dienst zerstört, die zu immer furchtbareren Kriegen führt und den Planeten verwüstet.

Aber die Kraft der Arbeitenden und der Jugend – wenn sie in einer großen gemeinsamen Bewegung vereinigt sind – kann die Spielregeln ändern!

Unsere Direktkandidatinnen zu wählen, ist ein Zeichen der Ablehnung der Politik aller Regierungsparteien von CDU bis SPD und Grünen, die alle im Dienst der Reichen stehen und den Rassismus der AfD befeuern. Uns zu wählen ist auch ein Zeichen des Misstrauens gegenüber den Politiker:innen der Linkspartei, die schöne Reden im Wahlkampf und in der Opposition schwingen, aber immer wieder Verrat begehen, sobald sie mit an der Macht sind. Es ist auch ein Zeichen gegen die Politiker:innen des BSW, die sich nicht schnell genug mit CDU und SPD in Regierungen verbünden konnten, und deren Rassismus sich kaum von der AfD unterscheidet.

Eine Stimme für unsere Direktkandidatinnen ist auch und vor allem ein Ausdruck des Vertrauens in die eigene Kraft als Arbeiterinnen und Arbeiter.

Unser Ziel ist es, die Welt zu verändern. Unser Programm ist ein Kampfprogramm, dessen Verwirklichung allein von der Bereitschaft von Millionen von Arbeitenden und Jugendlichen abhängt, sich zu engagieren und ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen, hierzulande und in der ganzen Welt.

Wir werden einen Wahlkampf führen für:

- Erhalt aller Arbeitsplätze und höhere Löhne statt Lohnkürzungen und Schließungen
- Massive Investitionen in den Sozialbereich statt Kürzungen
- Stopp von Aufrüstung, Wehrpflicht und Militarismus
- Offene Grenzen und Bleiberecht für alle statt Nationalismus und Rassismus
- Ende des Genozids in Gaza und der Repression gegen die Palästina-Bewegung

Dafür brauchen wir zunächst jeweils 200 Unterstützungsunterschriften von Wahlberechtigten aus den Wahlbezirken und eure finanzielle Unterstützung.

Meldet euch und kommt vorbei – packt mit an für eine Welt ohne Grenzen, Krieg und Ausbeutung! ■

Der Kampf gegen die radikale Rechte erfordert eine umfassende Antwort der Jugend und der Arbeitenden!

Seit Beginn des akademischen Jahres 2024 haben verschiedene Studierendenkollektive Demonstrationen und Vollversammlungen zur Frage des Aufstiegs der radikalen Rechten in Deutschland sowie zur Frage des Völkermords in Gaza organisiert. Der Erfolg dieser Versammlungen zeigt, dass die Studierenden angesichts der Krisen und Kriege eines kapitalistischen Systems, dessen Hauptakteure die großen imperialistischen Mächte — die amerikanischen, französischen, aber auch die deutschen — sind, nicht passiv bleiben.

Die Unruhen an den Berliner Universitäten finden in einem politischen und sozialen Kontext statt, der in vielen Ländern der Welt zu beobachten ist und auch vor Deutschland nicht Halt macht. Auch hierzulande nimmt die radikale Rechte einen immer wichtigeren Platz im politischen Spektrum ein, wie ihre Ergebnisse bei den letzten Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen im September zeigten. Auch hier führen die großen Industriekonzerne, insbesondere in der Automobilbranche, untereinander Krieg und wollen die Kosten für diesen Krieg auf die Arbeiter:innen abwälzen. Seit Beginn des Semesters ist es das Studierendenkollektiv „Studis gegen Rechts“, das an den Berliner Hochschulen, aber auch in Leipzig und München, gewisse Erfolge verzeichnet. Anfang Dezember versammelten sich mehr als 1.500 Student:innen zu einer Vollversammlung an der Freien Universität, um sich gegen die radikale Rechte zu organisieren. In Leipzig waren es ebenfalls mehr als 1.000 Studierende. An anderen Unis gab es Vollversammlungen, die jedes Mal etwa 800 zusammenbrachten.

Parallel dazu schloss sich auch die Palästina-Solidaritätsbewegung den Vollversammlungen an. In einem Land wie Deutschland, das der zweitgrößte Waffenexporteur an Israel ist, ist es nahezu ein Verbrechen, ein Wort der Solidarität mit Palästina zu äußern. Aber die Notwendigkeit, sich für Palästina einzusetzen, wurde selbst in den Reihen der Studierenden spürbar, denn auch wenn wir noch weit von einer tiefgreifenden Protestbewegung entfernt sind, so spürt man doch, dass es Worte und vor allem Taten gibt, die nicht mehr durchgehen. Insbesondere die bedingungslose Unterstützung Israels durch den deutschen Staat wird zunehmend in Frage gestellt.

> » Eines ist sicher: Wenn wir nicht weiter Arbeiter:innen an die AfD verlieren wollen, die durch die antisoziale Politik der letzten Jahrzehnte, von Merkel bis Scholz enttäuscht wurden, müssen wir alle Verantwortlichen und alle Ursachen anprangern, die die Phänomene hervorgebracht haben, gegen die wir heute kämpfen. Werksschließungen, Niedriglöhne, Inflation ... kamen unter allen Regierungen vor. «

Denn ja, die deutsche Bourgeoisie macht eine sicherheitspolitische Wende, die der radikalen Rechten immer mehr den Boden bereitet. Die einzige Antwort, die sie auf die embryonalen Bewegungen gibt, die gegen ihre Politik protestieren, ist der Schlagstock. Allerdings, was kann man von der Polizei eines bürgerlichen Staates anderes erwarten, als die Ordnung der herrschenden Klassen aufrechtzuerhalten und jeden davon abzuhalten, den Kopf zu heben und eine kollektive Antwort zu organisieren? Und jedes Mal, wenn der deutsche Staat sich für die Sicherheits- und Anti-Migrant:innen-Option entscheidet, in der Annahme damit der radikalen Rechten Konkurrenz zu machen, führt dies im Gegenteil dazu, dass deren Ideen legitimiert werden und sie wahltaktisch und politisch gestärkt werden. Die staatliche Repression gilt natürlich auch für die Palästina-Bewegung, bei der die Polizei auf den Campus der Universitäten eindringt, Student:innen angreift, ihnen mit Exmatrikulation droht oder sich das Recht herausnimmt, mitten in einer Demonstration willkürlich jeden zu verhaften, der ein Zeichen trägt, das allein sie für antisemitisch hält - wie die Keffieh. Der jüngste Anschlag auf den Magdeburger Weihnachtsmarkt war jedoch nur eine weitere Gelegenheit zu sehen, wie sich auf allen Nachrichtenkanälen das migrationsfeindliche Gift der radikalen Rechten, aber auch des gesamten politischen Spektrums, das ihr nachläuft, verbreitet.

Die radikale Rechte muss an ihren Wurzeln bekämpft werden

In dieser Situation stellt sich ein Teil der Jugend in den Universitäten Fragen und sucht nach Antworten. Wie kann man diesem Aufschwung reaktionärer Ideen, der über den nationalen Rahmen

Deutschlands hinausgeht, entgegenwirken? Mehr denn je müssen wir über politische Perspektiven nachdenken, da alle politischen Parteien einen Kampf darum führen, wer den rassistischsten Satz von sich gibt. Und dieser „Kampf" wird bei den vorgezogenen Bundestagswahlen im Februar 2025 zwischen dem CDU-Kandidaten Merz und der AfD-Kandidatin Weidel eskalieren.

Eines ist sicher: Wenn wir nicht weiter Arbeiter:innen an die AfD verlieren wollen, die durch die antisoziale Politik der letzten Jahrzehnte von CDU/FDP bis SPD/Linkspartei, von Merkel bis Scholz enttäuscht wurden, müssen wir alle Verantwortlichen und alle Ursachen anprangern, die die Phänomene hervorgebracht haben, gegen die wir heute kämpfen. Werksschließungen, Niedriglöhne, Inflation... kamen unter allen Regierungen vor, den christdemokratischen wie den sozialdemokratischen oder den grünen. Das macht deutlich, dass linke Parteien an der Macht keineswegs Stützpunkte waren, um unsere Forderungen voranzutreiben, sondern ganz im Gegenteil Klassenfeinde im Dienste der Kapitalist:innen. Die von dieser unsozialen Politik betroffenen Arbeiter:innen stellen sich also Fragen. Wer ist für diese Situation verantwortlich? Die reaktionäre herrschende Politik schlägt immer auf die gleichen Sündenböcke: die Migrant:innen. Aber das ist eine Falle, die nur dazu dient, unser Lager zu spalten. Wir dürfen dieser einfachen Hetze nicht aufsitzen. Das müssen wir den Arbeiter:innen erklären, die sich zu Recht von denen, auf die sie ihre Hoffnung gesetzt haben, verlassen und verraten fühlen.

Nehmen wir unser Schicksal jetzt in die Hand und organisieren wir uns unter Jugendlichen und Arbeitenden

Gründe für Widerstand gibt es also genug. Angefangen mit dem 11. Januar, an dem wir zusammen mit Studierenden und Arbeitenden aus ganz Deutschland den AfD-Parteitag in Riesa blockieren werden. Aber wir gehen ohne Illusionen an die Sache heran. Nur den AfD-Parteitag zu blockieren wird reaktionäre Ideen nicht von heute auf morgen zurückdrängen. Denn der Nährboden, der diese Ideen hervorgebracht hat - der Stellenabbau und die niedrigen Löhne und Sozialleistungen - werden damit nicht direkt bekämpft. Aber wir gehen dorthin, um für eine einfache Sache einzutreten: Die Kämpfe der Jugend müssen sich erfolgreich ausbreiten, um andere Teile der Bevölkerung zu erreichen, und hoffentlich den Hauptbetroffenen, den Arbeitenden, Ideen geben, sich dem Kampf für die Verteidigung ihrer eigenen Interessen anzuschließen. Denn gegen die radikale Rechte zu kämpfen bedeutet auch, gegen die Verschlechterung unserer Lebensbedingungen zu kämpfen, und Riesa muss ein erster Schritt sein, um den Kampf gegen die radikale Rechte mit den Arbeitskämpfen zu verbinden.

Wir dürfen auch nicht vergessen, dass diese Blockade des AfD-Parteitags in einer Zeit des Wahlkampfes stattfinden wird. Wir müssen uns über unsere Absichten im Klaren sein. Was die Arbeiter:innen nicht brauchen, sind die x-ten leeren Wahlversprechen von Parteien, die junge Arbeitende davon überzeugen wollen, links zu wählen. Zu glauben, dass es unsere Aufgabe ist, den Menschen zu sagen, dass sie „richtig wählen" sollen, ist ein großer Fehler. Denn es sind genau diese falschen Versprechungen und Enttäuschungen, die zu der heutigen Situation geführt haben, in der sich die Arbeitenden entweder aus Mangel an Vertrauen in die Politik enthalten oder für diejenigen stimmen, die noch nicht „ausprobiert" wurden.

Was wir überall, wo wir präsent sind, in den Vordergrund stellen wollen, ist die Idee, dass die einzigen Kräfte, auf die wir zählen können, unsere eigenen Kräfte als Arbeitende und Jugendliche sind, die wir wütend auf das System sind. Die einzige Organisation, in die wir unser Vertrauen setzen können, ist unsere eigenständige Organisierung, von unten, in voller Klassenunabhängigkeit. Es rettet uns kein höheres Wesen. Nur unsere Zahl, unsere Einigkeit und unsere Kampfkraft werden es uns ermöglichen, den Kapitalist:innen die schädliche Kontrolle zu entreißen, die sie über die gesamte Gesellschaft ausüben. ■

Jorge de Beliu, Berlin

» Zu glauben, dass es unsere Aufgabe ist, den Menschen zu sagen, dass sie ‚richtig wählen' sollen, ist ein großer Fehler. Denn es sind genau diese falschen Versprechungen und Enttäuschungen, die zu der heutigen Situation geführt haben, in der sich die Arbeitenden entweder aus Mangel an Vertrauen in die Politik enthalten oder für diejenigen stimmen, die noch nicht ‚ausprobiert' wurden. «

Die Rolle von Schulen in der Kriegsvorbereitung

Seit Scholz die „Zeitenwende“ verkündet hat, nimmt die Militarisierung in Deutschland Fahrt auf. Das Sondervermögen für die Bundeswehr und das NATO-Zwei-Prozent-Ziel bringen massive Aufträge für die Rüstungsindustrie. Doch neben Waffen fehlen Soldat:innen. Die Bundeswehr steht personell auf einem Tiefstand.

Plakataktion gegen die Bundeswehr in Berlin

Neuer Wehrdienst – „vorrangig freiwillig“?

Den von Pistorius vorgelegten Gesetzesentwurf eines „Neuen Wehrdienstes“, der die Wehrerfassung und -überwachung wiedereinführt, hatte die Bundesregierung bereits beschlossen. Er soll Daten, Eignung und Motivation aller Jugendlichen ab 18 Jahren erfassen. Die Beantwortung des Fragebogens wäre für die rund 400.000 jungen Männer verpflichtend. Ganz im Sinne des „Feminismus“ dürfen auch die Mädchen angeben, wie fit und motiviert sie sind. Etwas mehr als ein Zehntel eines Jahrgangs würden dann zur Musterung eingeladen. Besonders motivierte Rekruten, die bereits durch erfolgreiche Werbekampagnen angesprochen wurden, sollen zu Beginn ihres Wehrdienstes mit Prämien zu längeren Verpflichtungen bewegt werden.

Wer den Fragebogen nicht beantwortet, muss mit Sanktionen rechnen – ein Vorgeschmack auf möglichen Zwang. Auch wenn die Umsetzung nach dem Auseinanderbrechen der Ampel-Koalition ungewiss ist, widerspricht keine der großen Parteien dem Kurs der Militarisierung. Die CDU will „eine echte Wehrpflicht und keinen unverbindlichen Fragebogen“. Die Aussicht auf Kriegsdienst bleibt also, wird unter der wahrscheinlich unionsgeführten Regierung sogar noch düsterer.

Soziale Kürzungen finanzieren Militarisierung

Die Union will zudem den Verteidigungsetat weiter erhöhen und plant dafür Kürzungen beim Bürgergeld. In Nordrhein-Westfalen sind für 2025 Kürzungen im sozialen Bereich geplant: 83 Millionen Euro sollen gestrichen werden, darunter im Schulbereich für Sozialarbeit, Inklusion und digitale Ausstattung.

Wiedermal verlieren die Jugendlichen. Die Perspektive auf ein selbstbestimmtes Leben und eine Berufswahl nach den eigenen Interessen und Stärken rückt in die Ferne. Und wenn sich die Bundeswehr vor diesem Hintergrund und der allgemeinen Kriegspropaganda weiterhin als „Arbeitgeber“ nach vorne drängelt, dann ist die „Freiwilligkeit der Entscheidung“, von der im Gesetzesentwurf die Rede ist, nichts wert.

Denn es wird intensiv um die Jugendlichen geworben. Schulen laden verstärkt Jugendoffiziere ein, um Programme wie das Planspiel „Politik und Internationale Sicherheit“ (POLIS) durchzuführen. Dabei übernehmen Schüler:innen die Rollen von Staatsoberhäuptern. Die Schüler:innen sollen verstehen, dass „gute“ Regierungspolitik mit „guten“ Militäreinsätzen Frieden und Wohlstand in die Welt bringt. Die Logik des Spiels wäscht den globalen militärisch-industriellen Komplex, die Weltbank sowie zahlreiche weitere Institutionen und Akteure rein und verschleiert die Hierarchie und die Ausbeutungsstrukturen des Imperialismus.

Wir haben in ihren Kriegen nichts zu gewinnen!

Die Rechtfertigung für die Militarisierung ist der Angriffskrieg Russlands, der angeblich zeige, dass Deutschland sicherheitspolitisch mehr Verantwortung übernehmen müsse. Doch die Kriege dienen nicht Demokratie oder Menschenrechten, sondern den Interessen der Herrschenden. Kämpfen und sterben für Nationalstaaten ist nicht in unserem Interesse, denn es sind die ökonomischen und politischen Belange der Kapitalist:innen, die dort verteidigt werden.

Die offizielle Kriegspropaganda wird durch staatliche und mediale Megaphone verbreitet. Aktivist:innen dagegen müssen gegen den Strom für ihre Position kämpfen – auch in den Gewerkschaften. Doch es gibt Widerstand: In NRW organisieren (angehende) Lehrkräfte und Studierende der jungen GEW NRW gemeinsam mit der Schüler:innenvertretung NRW und dem Bündnis „Schule ohne Bundeswehr“ am 8. Februar 2025 den Kongress „Gegenwehr“ in Köln.

Um der voranschreitenden Militarisierung etwas entgegenzusetzen, müssen wir eine antiimperialistische und internationalistische Kraft in den Schulen, den Unis, auf der Straße und in den Betrieben aufbauen! ■

Kira Harper und Diala Zorn, Düsseldorf

Gegen die niedrigen Löhne und Stellenabbau: lasst uns die Kräfte der Arbeitenden vereinigen!

Die Offensive der Großunternehmen gegen unsere Lebens- und Arbeitsbedingungen darf nicht ohne Antwort bleiben. In Zeiten wirklich gefährlicher Situationen zeigt sich, wer Verbündeter ist und wer nicht.

Diese Frage stellt sich vor allem für die Gewerkschaftsführungen, insbesondere in der Automobilbranche mit der IG Metall. Hinter ihrer angeblichen Kultur der sozialen Zusammenarbeit oder des Co-Managements mit den Unternehmer:innen ist es in Wahrheit so, dass die Kapitalist:innen das Sagen haben und ihre Bedingungen durchsetzen. Auch auf diesem Gebiet wollen die Unternehmer:innen ihre eigenen Interessen durchsetzen und gleichzeitig die Gewerkschaften in die Tasche stecken. Die Unternehmer:innen drohen mit der Schließung von Standorten, und die Gewerkschaften versuchen, die Lage zu retten und akzeptieren den Abbau von Arbeitsplätzen. Doch heute ist die Zeit der bloßen Drohungen vorbei. Die Unternehmer:innen lassen ihren Worten Taten folgen.

Nehmen wir Volkswagen: Werksschließungen werden angekündigt und die Sprecherin der IG Metall hat nichts Besseres zu tun, als an den Verhandlungstisch zu rufen. Selbst die wenigen Streiks, die stattgefunden haben, blieben in einem sehr ritualisierten und institutionalisierten Rahmen. Die IG Metall verbreitet auf diese Weise schwere Illusionen, insbesondere die Illusion, dass die Arbeiter:innen ihre Forderungen erfüllt bekommen, wenn sie brav abwarten, was andere am Verhandlungstisch machen. Dass 100.000 Arbeiter:innen bei VW Anfang Dezember im Warnstreik waren, scheint sie kaum zu interessieren. Sie ziehen es offensichtlich vor, die Bosse nicht zu sehr zu erschrecken und nicht mehr als zwei oder vier Stunden zu streiken, aus Angst, dass die Mobilisierung der Arbeiter:innen überschwappt und sich ihrer Kontrolle völlig entzieht. Anstatt alle Kolleg:innen auf ein Kräftemessen mit dem Konzern vorzubereiten und in einen harten und unbefristeten Streik zu treten, verhandeln sie lieber mit ihm. Das ist ihre Methode des Co-Managements, den Vorstand zu beruhigen und die Wut der Arbeiter:innen unter den Teppich zu kehren.

> » Die Verknüpfung des Schicksals der Arbeitenden mit der Verteidigung der Profite dieser multinationalen Konzerne ist eine Falle. «

Gerade wenn Einheit und Entschlossenheit am dringendsten gebraucht werden, um diesen Wellen von arbeiterfeindlichen Angriffen zu begegnen, entwaffnen die falschen Freunde in den Gewerkschaftsapparaten die Arbeitenden. Die IG Metall hat insgesamt mehr als 2,2 Millionen Mitglieder, und in dem Moment, in dem sie am meisten gebraucht wird, um Widerstand zu leisten, nimmt sie die Beine in die Hand und plappert die Propaganda der Konzerne nach.

Das gilt auch für sämtliche Parteien, die das Thema „Rettung der deutschen Industrie“ übernommen haben. Was ist damit gemeint? Inwiefern wird die Rettung der Profite der deutschen Konzerne die Löhne für alle erhöhen, die Arbeit unter uns aufteilen oder unsere Arbeitsbedingungen verbessern? Die Verknüpfung des Schicksals der Arbeitenden mit der Verteidigung der Profite dieser multinationalen Konzerne ist eine Falle. Nur die unabhängige Aktivität der Arbeiter:innen durch Streiks und untereinander organisierte Mobilisierungen wird es uns ermöglichen, mit der zunehmend schwierigen Situation fertig zu werden.

- **Für ein Verbot von Entlassungen**
- **Erhöhung der Löhne und Sozialleistungen um 500 Euro**
- **Kein Lohn, keine Rente, keine Sozialleistungen unter 2.000 Euro netto**

Doch eins dürfen wir nicht vergessen: Weil die Sozialdemokraten die gleiche Politik wie Merkels Christdemokraten betrieben haben, schauen die enttäuschten Arbeiter:innen mehr und mehr auf die AfD und ihre lokalen Ableger. Diese Parteien sind beliebt, weil sie den Eindruck erwecken, dass sie eine Alternative zu den Parteien verkörpern, die bereits ausprobiert wurden. Aber das Schlagen auf unsere migrantischen Kolleg:innen führt nicht dazu, dass unsere Löhne steigen.

Die Arbeitenden sind die Mehrheit, und die Stärke liegt in der Einheit. Kein ausländischer Arbeiter ist für die Verschlechterung unserer Lebensbedingungen verantwortlich. Die Verantwortlichen für die Verschlechterungen sind die Großkonzerne. ■

Jorge de Beliu, Berlin

Die Wirtschaft schwächelt, die Bosse greifen an

Wahrlich keiner Menschengruppe wird von der Politik mehr Anteilnahme ausgesprochen als den sehr großen Unternehmern und den dahinter stehenden superreichen Aktionär:innen. Seit 2 Jahren hören wir ihr klagen, dass die Stromkosten zu hoch seien, es zu viel Regulierung gäbe, die Arbeitenden nicht genug arbeiten wollen, der Sozialstaat ausufere ...

Keine Krise der Gewinne!

Aber versteckt unter dem Lärm dieses Gejammers machen die deutschen Konzerne unglaubliche Gewinne! Volkswagen hat 2023 einen Gewinn von mehr als 22 Milliarden Euro eingefahren, das war eine Steigerung gegenüber dem Rekordjahr 2022! Kurz hinter VW lagen die Deutsche Telekom, Mercedes Benz und BMW. Selbst der Chemiekonzern BASF hat 3,8 Milliarden Gewinn gemacht.

Sogar die hohen Strompreise kennen Gewinner: RWE, Uniper, Eon ... ihnen sind die Strompreise noch zu niedrig! Es gibt keinen Mangel an Energie. Es gibt große Konzerne, die profitieren von hohen Preisen.

Was ist ihr verdammtes Problem?

Ihr Problem ist, dass der Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt zugenommen hat. Ganze 40 Jahre lang war beispielsweise Volkswagen der Marktführer auf dem chinesischen Automarkt! Bis 2023 ein chinesisches Unternehmen Platz 1 auf der Rangliste übernahm und VW auf Platz 2 verdrängte.

Es gibt neue Technologien, neue Konkurrenten, Überproduktion und Rangeleien auf dem chinesischen und dem US -amerikanischen Markt ... Die deutschen Konzerne sind gezwungen mitzuhalten und müssen doch gleichzeitig die superreichen Großaktionäre befriedigen. Und die nerven rum. Denn ihnen sind die Gewinnmargen zu niedrig! Nur wenn das eingesetzte Kapital genug Gewinn abwirft, sind Investoren und Banken zufrieden. Aber sie haben nie genug...

Dann wird natürlich noch das ewige Lied von den Billig-Lohn-Ländern getrillert, die durch unlautere Konkurrenz die Löhne in Deutschland nicht wettbewerbsfähig machen. Aber die Ausbeutung von Millionen Arbeiter:innen auf allen Kontinenten haben die deutsche Wirtschaft zur Nummer 3 der Welt gemacht! Sie sind an Arroganz nicht zu überbieten, wenn sie sich jetzt beklagen, dass auch chinesische Unternehmen neuerdings ein Stück vom nicht mehr ganz so wachsenden Kuchen der Weltwirtschaft abhaben wollen. Schuld an unseren miesen Arbeitsbedingungen sind nicht die chinesischen Arbeiterinnen, die unter einer Diktatur leben, sondern das kapitalistische Weltwirtschaftssystem, von dem die auf Export ausgerichtete deutsche Wirtschaft bislang profitiert hat.

Eine Therapie auf Kosten der Arbeitenden?

Angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten wollen die superreichen Großaktionär:innen und Konzernvorstände die Gewinnmargen retten oder erhöhen. Dafür fällt ihnen nicht viel Kreatives ein. Das Erste: der Staat soll die Investitionen der Konzerne bezahlen. Um diese Mehrausgaben auszugleichen, soll der öffentliche Dienst weiter geschrumpft werden. Zweitens: die Arbeiter:innen sollen hierzulande noch mehr ausgequetscht werden. Die massenhaften Entlassungen in praktisch allen Branchen, am krassesten in der Autoindustrie, haben schon angefangen. Dazu gehört auch, dass die, die die Arbeit behalten mehr arbeiten sollen für weniger Lohn. Wir haben gesehen, wie sie die VW-Arbeiter erpresst haben. Und dazu gehört auch, das Bürgergeld faktisch abzuschaffen. Denn wer viel zu niedrige Sozialleistungen bekommt, ist gezwungen, jeden Job anzunehmen.

Die Ansagen der Konzerne lassen uns keine Hoffnung, dass wir irgendwie gut aus der Nummer rauskommen. Ausnahmslos alle Parteien haben die Leier, dass die Wirtschaft gerettet werden müsse übernommen. Dasselbe passiert in Frankreich, Argentinien, USA ...

Vergesst den Quatsch, dass nur eine „falsche“ Politik der einen oder anderen Bundestagspartei die Wirtschaft behindern würde.

Erbitterter Widerstand muss geleistet werden gegen alle ihre Versuche durch Sozialkürzungen, Stellenstreichungen und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen uns auf ein "konkurrenzfähiges" Niveau herabzudrücken.

Wir sind es, die mit unserer Arbeit den Reichtum erschaffen – wir sind es, die entscheiden sollen! ■

Sabine Müller, Berlin

Pleiten, Budgetloch, Klassenkampf

In Österreich hat sich die wirtschaftliche Lage deutlich verschlechtert: Rekordinsolvenzen, Tausende verlieren ihre Jobs, ein riesiges Budgetloch im Staatshaushalt. Vor diesem Hintergrund findet auch der Regierungsbildungsprozess statt: Wo sollen die fehlenden Milliarden eingespart werden?

Pleiten ...

2024 gingen in Österreich 6.550 Unternehmen pleite, 22 % mehr als im Jahr davor. 30.200 Mitarbeiter:innen sind betroffen. Die Großinsolvenzen (über 10 Mio. Euro) haben sich fast verdoppelt (auf 79 Fälle). Der Trend soll sich 2025 fortsetzen.

Der Komplettabsturz von René Benkos Signa-Immobiliengruppe im letzten Jahr war die größte Pleite der österreichischen Geschichte. 6 der 10 größten Insolvenzen 2024 gehen auf Unternehmen der Signa-Gruppe zurück. Während René Benko in Italien wegen des Vorwurfs, Teil einer mafiaähnlichen kriminellen Struktur zu sein, zur Verhaftung ausgeschrieben ist, residiert er in Österreich nach wie vor in einer Privatvilla. Benko hat zwar Privatkonkurs angemeldet und wird daher aufs Existenzminimum gepfändet. Die monatliche Miete von über 230.000 Euro (!) zahlt jedoch eine Privatstiftung ... Meinen die Reichen das, wenn sie von Steuergerechtigkeit sprechen?

Ebenso (erneut) pleite ist die Möbelkette Kika-Leiner, über 1.300 Mitarbeiter:innen verlieren ihren Job. Die Möbelkette gehörte für einige Jahre auch René Benko. Um den Kauf noch vor dem Jahresende 2018 steuerschonend abschließen zu können, soll der damalige Bundeskanzler und Benko-Freund Sebastian Kurz trotz Weihnachtsferien die zuständige Behörde extra zur Arbeit gerufen haben. „Serviceorientierte Verwaltung“ betitelte es ein Sprecher des Kanzlers. Statt der versprochenen Sicherung von 5.000 Arbeitsplätzen, wurde das Unternehmen aufgespalten. Lukrative Immobilien behielt Benko und kassierte von Kika-Leiner Mieten in Millionenhöhe. Das Möbelgeschäft wurde in die Insolvenz geschickt und später verkauft. Jetzt ist die Möbelkette endgültig Geschichte und Tausende weitere Arbeitsplätze vernichtet.

... und mehr Pleiten

Die nächste Großpleite spielt auch im Umfeld von ÖVP, Sebastian Kurz und deren Großspender:innen. Der bekannte oberösterreichische Motorradhersteller KTM hat im Herbst seine Zahlungsunfähigkeit, den Abbau von Tausenden Stellen, einen Produktionsstopp sowie Kurzarbeit verlautbart. Davor schienen die Geschäfte für etliche Jahre mehr als prächtig zu laufen. Im ersten Corona-Jahr 2020 kassierte das Unternehmen rund 11 Millionen Kurzarbeitsgeld sowie 15 weitere Millionen an staatlichen Förderungen. Im gleichen Jahr wurden 11 Millionen an Aktiendividenden ausgeschüttet ... Im Jahr 2022 waren es bereits 34 Millionen, 2023 sogar 68 Millionen Euro.

KTM gehört zum Firmenimperium der Pierer Mobility Group rund um Hauptaktionär, Milliardär und ÖVP-Großspender Stefan Pierer. Für Kurz' Wahlkampf 2017 spendete Pierer rund 430.000 Euro. Ein lukratives Investment, das gleich in mehrfacher Höhe durch Förderungen und Steuererleichterungen an ihn zurückgeflossen ist. Den Mitarbeiter:innen von KTM hat das alles nichts gebracht. Mehr als 3.000 Menschen zittern nun um ihren Job, bei Zulieferbetrieben und anderen Unternehmen der Region drohen in Folge weitere Jobverluste.

Stark betroffen ist in Österreich die gesamte Branche der Automobilzulieferer, die vor allem für die kriselnde deutsche Autoindustrie fertigt. So kündigte etwa der Schaeffler-Konzern die Schließung seines Werks im niederösterreichischen Berndorf und damit den Abbau von 450 Arbeitsplätzen an. Im September ging die Fisker GmbH, ein Tochterunternehmen eines US-Elektroauto-Start-Ups, mit Milliardenschulden pleite. Bei etlichen weiteren Zulieferern drohen Kündigungen. Beim Zulieferer TCG Unitech hat das Management die rund tausend Arbeiter:innen erfolgreich erpresst: Verzicht auf Lohnerhöhungen oder Kündigung. Dieses Modell wird unter den Bossen sicher die Runde machen und vermehrt zum Einsatz kommen – unabhängig davon, wie hoch die Schulden und Probleme des Unternehmens wirklich sind.

» Während René Benko in Italien wegen des Vorwurfs, Teil einer mafiaähnlichen kriminellen Struktur zu sein, zur Verhaftung ausgeschrieben ist, residiert er in Österreich nach wie vor in einer Privatvilla. «

Huch, ein Budgetloch!

Die österreichische Wirtschaft war 2024 im zweiten Jahr hintereinander von einer Rezession betroffen. Wieder einmal sind die Prognosen der Wirtschaftsforscher:innen daneben gelegen. Noch deutlicher daneben gelegen ist der ehemalige ÖVP-Finanzminister Magnus Brunner. Bis zur Nationalratswahl Ende September schien der Staatshaushalt, kritischen Nachfragen zum Trotz, soweit in Ordnung. Direkt nach den Wahlen wurde das Defizit dann mehrmals deutlich nach oben korrigiert. Plötzlich war von einem Budgetloch von über 18 Milliarden Euro und einem drohenden EU-Defizitverfahren (wegen

einer Neuverschuldung von über 3 % des BIP) die Rede. Brunner scheint seinen Job im Sinne der Herrschenden trotzdem gut gemacht zu haben, im November wurde er zum EU-Kommissar für Migration ernannt. So lange Zeit einen Schein aufrechterhalten und die Öffentlichkeit täuschen: Das verdient eine Beförderung!

Entstanden sind die hohen Staatsschulden nicht durch eine vermeintlich plötzliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage. Zum einen waren es die gigantischen Corona-Förderungen von rund 40 Milliarden – diese sind zu großen Teilen Unternehmen zugutegekommen, die gar keine wirtschaftlichen Probleme hatten, sondern damit einfach ihr Eigenkapital aufstocken konnten. Zusätzlich gab es Steuererleichterungen und massive Energiekostenzuschüsse für Unternehmen. Zum anderen wurden Steuergeschenke als „sich selbst finanzierend" verkauft: diese würden Investitionen ankurbeln und damit automatisch zu höheren Steuereinnahmen führen.

Gekommen ist es wenig überraschend ganz anders. Während Privatvermögen und Unternehmensgewinne stärker und stärker gestiegen sind, hat die sehr hohe Inflation der letzten Jahre die Realeinkommen der Lohnabhängigen deutlich schrumpfen lassen. Die Wirtschaftsforscher:innen nennen das „gedämpfte Konsumlaune", ein Grund für die schwächelnde Wirtschaft. Als revolutionäre Marxist:innen können wir sagen: der Kapitalismus führt zu einer immer stärkeren Konzentration des gesellschaftlichen Reichtums. Auf höhere Profite muss eine neue Runde mit noch höheren Profiten folgen. Dabei untergräbt der Kapitalismus immer stärker die Grundlagen seines eigenen Funktionierens und verschärft zusehends die Krisentendenzen. Für viele Menschen wird das Leben immer unbezahlbarer. Die Vernichtung von zigtausend Jobs wird etliche Familien zusätzlich in die Armut stürzen.

Drohender sozialer Kahlschlag

Aus den österreichischen Nationalratswahlen im September ist die FPÖ unter Herbert Kickl erstmalig als stärkste Partei hervor gegangen. In Folge haben Regierungsverhandlungen zwischen konservativer ÖVP, sozialdemokratischer SPÖ und liberalen NEOS gestartet. Anfang Januar/Jänner wurden diese, für viele doch überraschend, durch den Ausstieg der NEOS abgebrochen. Sie appellierten, „den Standort nicht aus dem Blick zu lassen". Vielleicht ging ihnen die SPÖ bei der diskutierten Anhebung des Pensionsantrittsalters und anderer radikaler Angriffe auf das Sozialsystem nicht weit genug ... Im neoliberalen Sprech: mangelnder Reformwillen. Dieses Mantra – „Den Wirtschaftsstandort stärken!" – verlautbarten diverse „Experten" die letzten Monate in Dauerschleife.

ÖVP und NEOS wehren sich mit Händen und Füßen gegen Vermögens- und Erbschaftssteuern – die Großspender:innen danken! Dabei ließe sich alleine mit den Rekordprofiten der österreichischen Banken (2023: 14 Milliarden Euro, + 38 %) das Budgetloch fast zur Gänze stopfen ... Der Präsident des Wirtschaftsbundes und einflussreiche ÖVP-Politiker Mahrer dazu: „Mit der ÖVP wird es keine Anschläge auf Eigentum geben." Umgekehrt wird eine weitere Senkung der Steuern auf Kapital geplant.

Am 5. Januar wurde mit dem Rücktritt von ÖVP-Chef und Kanzler Karl Nehammer auch die Perspektive einer „Großen" Koalition ohne NEOS, die eine minimale parlamentarische Mehrheit hätte, begraben. Dabei hatte sich die SPÖ bereits vollkommen verbogen: Kürzungen in allen Ressorts, unter der Inflation liegende Erhöhungen für den öffentlichen Dienst und Renten, sowie Maßnahmen zur Erhöhung des Pensionsantrittsalters waren ebenso akzeptiert, wie von der Forderung nach Vermögenssteuern abgegangen wurde. Lediglich auf irgendeiner Form eines einnahmenseitigen Beitrags, wie einer Bankenabgabe, wurde beharrt. Das wurde als Argument für den Abbruch der Verhandlungen vorgeschoben.

Der Wirtschaftsflügel der ÖVP dürfte von Anfang an die Verhandlungen hintertrieben und eine Koalition mit der FPÖ bevorzugt haben. Mit Nehammer war das aber nicht möglich, der sich nicht zu einem Königsmacher für einen Kanzler Kickl machen wollte.

Immer wieder wurde in die öffentliche Debatte geworfen, dass es zwischen ÖVP und FPÖ in wirtschaftlichen Fragen keine Unterschiede gäbe. Dass die ÖVP keine Berührungsängste hat, zeigen auch die gemeinsamen Landesregierungen mit der FPÖ in 5 von 9 Bundesländern. Zuletzt wurde in der Steiermark bereits die Rolle als Juniorpartnerin in der Landesregierung akzeptiert.

» Immer wieder wurde in die öffentliche Debatte geworfen, dass es zwischen ÖVP und FPÖ in wirtschaftlichen Fragen keine Unterschiede gäbe. Dass die ÖVP keine Berührungsängste hat, zeigen auch die gemeinsamen Landesregierungen mit der FPÖ in 5 von 9 Bundesländern. «

Der interimistische ÖVP-Chef Christian Stocker hat sofort seine Bereitschaft zu Verhandlungen mit der FPÖ kundgetan. Alles lässt darauf schließen, dass es bald eine rechtsextreme Regierung geben wird, welche die Interessen des Kapitals in voller Intensität vertreten wird und ihre Politik mit Hetze gegen Migrant:innen und Symbolpolitik gegen Rechte von Frauen und LGBTIQ+ „legitimieren" wird.

Die Gewerkschaften haben sich bis jetzt äußerst handzahm und still verhalten, denn sie wollten mit der SPÖ in die Regierung. Doch auch gegen die auslaufende Regierung wurde wenig Gegenwehr organisiert. Stattdessen betrieb der Gewerkschaftsbund eine Ausrichtung auf die SPÖ und hoffte auf einen Wahlerfolg. *[Fortsetzung auf S. 10]*

[Fortsetzung von S. 9] Gegen besondere Schweinereien der kommenden Regierung sind einzelne symbolische Mobilisierungen durchaus realistisch. Zu mehr ist die Gewerkschaftsbürokratie in ihrer sozialpartnerschaftlichen und staatstragenden Logik allerdings nicht bereit. Als revolutionäre Marxist:innen versuchen wir eine alternative Perspektive für die Arbeiter:innenbewegung aufzuzeigen, treten für Selbstorganisation an der Basis und die Ausweitung und Verbindung von Klassenkämpfen und sozialen Bewegungen ein. Nur so können die Angriffe auf Errungenschaften der Arbeiter:innenbewegung und soziale Rechte abgewehrt werden. Damit die Arbeiter:innenbewegung wieder in die Offensive kommen kann, braucht es eine verankerte Partei der Arbeitenden, die nicht nur für Reformen kämpft, sondern auch eine Strategie zum Sturz der kapitalistischen Klasse und dem Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft verfolgt. ■

Johannes Wolf, Wien

INTERNATIONAL

Rojava als Geisel im Spiel der neuen syrischen Führung und der Großmächte

Während die islamistischen HTS-Truppen aufbrachen, um das Assad-Regime zu stürzen, schickte die Türkei ihre Hilfstruppen in Syrien, die SNA (Syrische Nationale Armee, ein Konglomerat syrischer bewaffneter Gruppen mit Verbindungen zur Türkei), nach Manbidsch und Kobanê in Rojava, der kurdischen Region Syriens, mit dem erklärten Ziel, dort ethnische Säuberungen durchzuführen.

Am 11. Dezember besetzte die SNA Manbidsch (eine Stadt im Gouvernement Aleppo). Am 15. Dezember griff sie die kurdische Stadt Kobanê nahe der türkischen Grenze an, obwohl die Kurd:innen wiederholt zum Waffenstillstand aufriefen und die USA versucht hatten, zu vermitteln.

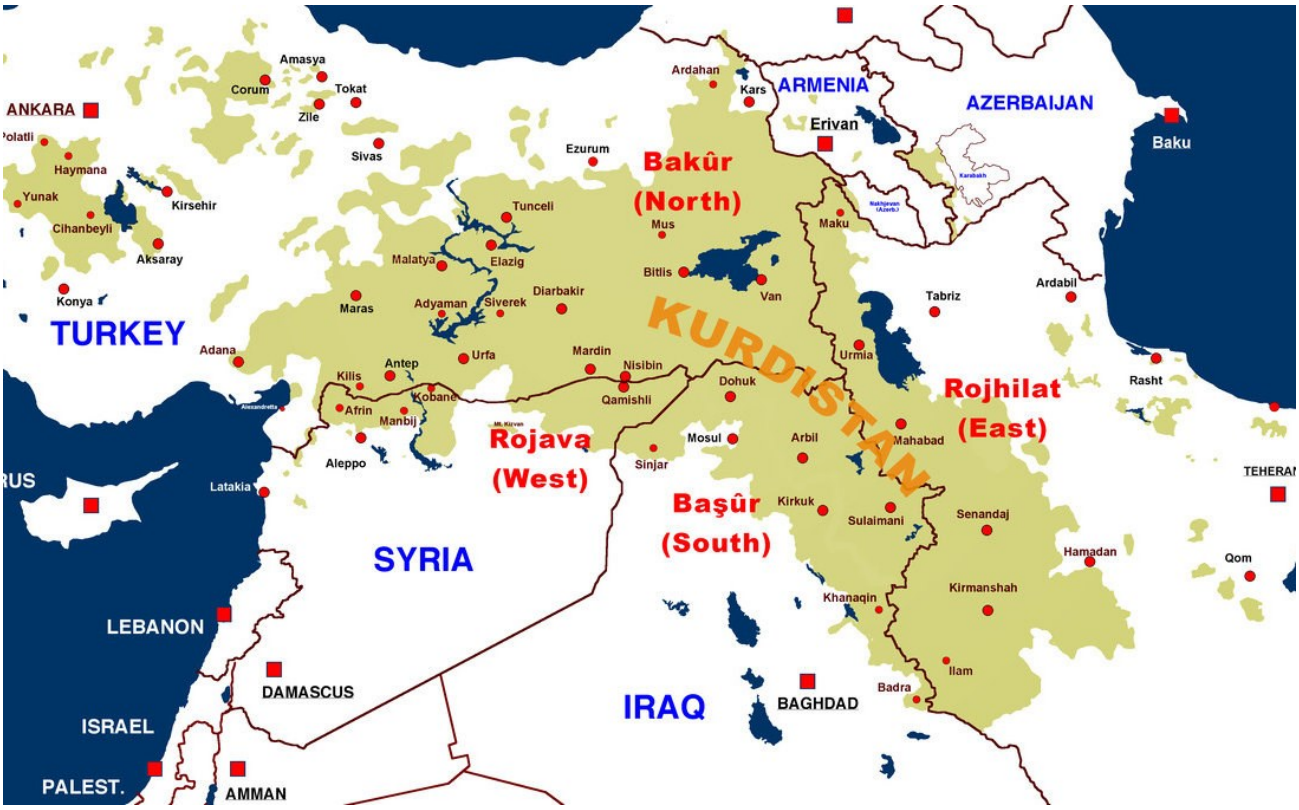
Die Assad-Diktatur, die sich ab 2011 in ganz Syrien im Krieg befunden hat, musste diesem syrischen Kurdistan (Rojava) Autonomie gewähren. Der blitzartige Zusammenbruch des al-Assad-Clans mischt die Karten in Rojava neu. Diese autonome Region ist heute etwas größer als Kurdistan allein und wird von einer „Demokratischen Selbstverwaltung für Nord- und Ostsyrien“ (AANES) regiert, die von der Partei der Demokratischen Union (PYD) dominiert wird, die wiederum mit der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) verbunden ist. Sie war bereits das Angriffsziel der Türkei gewesen, welche Truppen in den Norden Syriens geschickt hat und die sogenannte Syrische Nationale Armee (SNA) kontrolliert. Mit dieser SNA, die die HTS-Islamisten bei ihrer Offensive auf Damaskus unterstützt und von deren Sieg profitiert hatte, will die Türkei nun das kurdische Autonomiegebiet im Norden Syriens loswerden. Das führt zur erzwungenen Flucht tausender Familien, die dem Krieg und den Plünderungen und Übergriffen pro-türkischer Milizionäre entkommen wollen.

> ›› Die westlichen imperialistischen Regierungen, die sich in der Vergangenheit gegen ISIS auf Rojava stützen konnten, rühren heute keinen Finger mehr, um es gegen die Türkei zu verteidigen. ‹‹

Erdoğan, der in der Türkei umstritten ist, versucht den kurdischen Widerstand zu zerschlagen

Wie viele andere Völker auch sind die Kurd:innen heute auf mehrere Staaten aufgeteilt: im Osten der Türkei, im Norden Syriens und des Irak und im Westen des Iran, wo sie seit Jahrzehnten unter der gewaltsamen nationalen Unterdrückung leiden. Die Türkei unter Erdoğan führt nach einer kurzen Phase der „Öffnung“ durch ein Abkommen mit der PKK im Jahr 2015 heute wieder Krieg zur Unterdrückung der Kurd:innen in der Türkei. Wobei „Anti-Terror“-Militäroperationen nicht nur in Türkisch-Kurdistan, sondern auch im Nordirak durchgeführt werden, wo türkische Kurd:innen als Flüchtlinge leben.

Die Verwurzelung der kurdischen PYD in Syrien, die Errichtung einer autonomen und militärischen Zone, die als Rückzugsgebiet der PKK und als Modell für die Kurd:innen in der Türkei dienen könnte, unter der Führung dieser kurdischen Partei, wird von Ankara als Bedrohung wahrgenommen. Durch die Zerstörung von Rojava und die Annexion eines Streifens entlang der türkisch-syrischen Grenze will Erdoğan eine „Pufferzone“ zwischen syrischen und türkischen Kurd:innen schaffen. Und warum nicht auch einen Teil der drei Millionen Syrer, die heute in die Türkei geflohen sind, abschieben und in dieser Region ansiedeln. So wie es in der Region Afrin 2019 der Fall gewesen war, als die Türkei damals bereits einen Teil dieser Flüchtlinge umgesiedelt hatte.



Wer wird Rojava retten?

Bislang kann der Widerstand der SDF (Demokratische Kräfte Syriens, die Truppen der von der PYD geführten autonomen Region) die türkische Offensive nicht stoppen. In Manbidsch war die angeschlagene SDF gezwungen, die Stadt nach einem von den USA vermittelten Waffenstillstand aufzugeben. Der Waffenstillstand hatte zwar ihren Rückzug ermöglicht, gleichzeitig aber auch die Eroberung der Stadt durch die von der Türkei gesteuerte SNA. Eine Art „grünes Licht für die von der Türkei gewünschte Ausweitung der Pufferzone", kommentierte die französische Zeitung Le Monde.

Die westlichen imperialistischen Regierungen, die sich in der Vergangenheit gegen ISIS auf Rojava stützen konnten, rühren heute keinen Finger mehr, um es gegen die Türkei zu verteidigen. Im Gegenteil: Zum Zeitpunkt der Offensive, am 27. November, verhaftete die britische Regierung mehrere PKK-Führer auf ihrem Territorium wegen „Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung". Und Baerbock verlangte während ihres Besuches beim türkischen Außenminister, dass die kurdischen Anti-IS-Milizen ihre Waffen niederlegen sollen … während schon Überlegungen laufen, die HTS von der Liste der terroristischen Organisationen zu streichen!

Wenn der Westen seine Verbündeten im Stich lässt

Dabei hatte die von den USA geführte internationale Koalition von 2015 bis 2019 nicht gezögert, die Kämpfer:innen Rojavas als „Boden"-Truppen einzusetzen, um den Islamischen Staat ISIS zurückzudrängen. Da die USA und ihre Verbündeten ihre eigenen Truppen nicht einsetzen wollten (außer ihrer Luftwaffe), hatten sie die kurdischen Streitkräfte bewaffnet, ausgebildet und beraten. Während sie ihnen gleichzeitig misstrauten und sie anderen kurdischen Truppen unterstellten, die aus dem irakischen Kurdistan stammten und von einem der führenden Köpfe der irakischen kurdischen Bourgeoisie, Barzani, einem Mann der Amerikaner, kontrolliert wurden. Sobald ISIS 2019 besiegt war, haben die USA Rojava aufgegeben und nur 900 Soldaten (und private Söldner) in einigen US-Stützpunkten zurückgelassen, um einen Fuß in der Region und ein Auge auf islamistische Gruppen, die Ölfelder und den Iran zu behalten.

Angesichts des Sturzes von Assad und der Gefahr eines potenziellen Wiederauflebens von ISIS haben die USA ihr Kontingent in Barzanis irakischem Kurdistan aufgestockt. Außerdem entsandten sie einen General nach Rojava, um die Lage zu beobachten. Sie machen sich unter anderem deshalb Sorgen um das syrische Kurdistan, weil auf kurdischem Gebiet noch immer mehr als 10.000 ISIS-Anhänger (und 45.000 Familienangehörige) inhaftiert sind. Daran versuchen die Führer:innen Rojavas zu erinnern, um – mit wenig Erfolg – Verhandlungen mit der Türkei zu erreichen: „Anstatt den Gefängniszellen des Islamischen Staates Priorität einzuräumen, werden unsere Ressourcen umgelenkt, um unsere Grenzen und unsere Gemeinschaft vor [türkischen] Angriffen zu schützen", argumentiert Mazloum Abdi, der Oberbefehlshaber der kurdischen SDF.

Die Kurd:innen als regionale Währung?

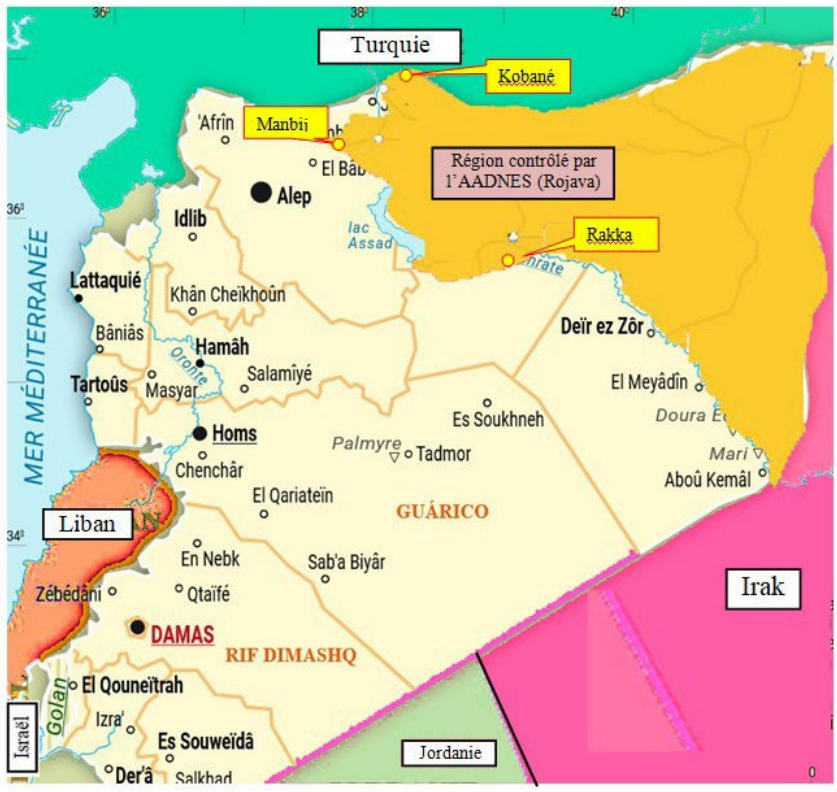
Auch wenn die USA scheinbar den Schiedsrichter spielen und die Führer:innen dieses syrischen Kurdistans, die ihnen noch dienlich sein könnten, schonen, kommt es für sie nicht in Frage, die Beziehungen zur Türkei abzubrechen. Zunächst einmal zur Frage der von der türkischen Regierung gewünschten „Pufferzone" im Norden Syriens: „Die Türkei verdient eine entmilitarisierte Pufferzone zwischen dem Nordosten Syriens und der Türkei, um ihre Interessen zu schützen", erklärte ein Senator der Republikanischen Partei, der Partei Trumps.

[Fortsetzung auf S. 12]

[Fortsetzung von S. 11]

Während sich auf Seiten der Demokraten Bidens Verteidigungsminister Antony Blinken dafür ausspricht, die dort befindlichen Mitglieder der türkischen PKK aus Syrien auszuweisen, weil sie eine „dauerhafte Bedrohung“ für die Türkei darstellen würden.

Die HTS, die Assad gestürzt hat, hat ihrerseits über die USA mit der kurdischen SDF Verhandlungen über die Verwaltung des (ölreichen) Gebiets aufgenommen, das sie unter die Kontrolle ihrer neuen Macht zu bringen hofft. Aber die HTS ist wie Blinken für den Abzug der „nicht-syrischen“ Mitglieder aus Syrisch-Kurdistan, eine Möglichkeit, die kurdische PYD zu schwächen, indem sie sie von der türkisch-kurdischen PKK abschneidet, und auch, um den Appetit der Türkei unter Erdoğan zu schonen, nachdem dieser der HTS geholfen hat, die Macht in Damaskus zu übernehmen. Ohne jedoch zuzulassen, dass Ankara zu viel Einfluss in Syrien gewinnt, während in Aleppo oder Manbidsch Demonstrationen der arabischen oder kurdischen Bevölkerung gegen die Besatzungspolitik der neuen Machthaber begonnen haben.



» Isoliert gegenüber den Islamisten und dem türkischen Hunger suchen die kurdisch-nationalistischen Führer nach einer Möglichkeit, sich im Schatten einer größeren Macht zu entwickeln. Gestern war es Assad, heute sind es die USA, morgen ... Israel? «

Zwischen Hammer und Amboss

Gefangen zwischen den Spielen seiner Freunde von gestern und seiner langjährigen Feinde, stellt Rojava nun die Flagge der „syrischen Revolution“ (und des neuen Regimes) auf seinen offiziellen Gebäuden auf, während es von den Islamisten der HTS die Einhaltung einer neuen „Autonomie“ fordert.

Gleichzeitig kann man beobachten, wie ein Führer der KCK (Union der Gemeinschaften Kurdistans, der auch die PKK angehört!), Zübeyir Aydar, eine Öffnung von Seiten Israels sucht – nachdem dessen neuer rechtsextremer Außenminister vermehrt „pro-kurdische“ Erklärungen abgegeben hat -, indem er sagt: „Es gibt einen heftigen Krieg, und es ist notwendig, die Pläne der Türkei zu durchkreuzen. [...] Jeder, der jetzt handelt, wird in der Zukunft Ressourcen haben. [...] Der Iran bleibt eine ernsthafte Bedrohung für Israel und Israel wird alles in seiner Macht stehende tun, um eine Niederlage zu vermeiden. Wir haben unser Land im Irak erhalten, auch in Syrien, und jetzt ist der Iran an der Reihe”. Isoliert gegenüber den Islamisten und dem türkischen Hunger suchen die kurdisch-nationalistischen Führer nach einer Möglichkeit, sich im Schatten einer größeren Macht zu entwickeln. Gestern war es Assad, heute sind es die USA, morgen ... Israel?

Angesichts der imperialistischen Manöver: Die internationalistische Solidarität der Unterdrückten!

Die Kurd:innen haben, wie alle anderen unterdrückten Völker, von den imperialistischen Mächten nichts zu erwarten. Und selbstmörderisch für sie ist das Spiel nationalistischer Führer, die versuchen, sich ihren Weg zu bahnen, indem sie auf der Suche nach Verbündeten auf den Rivalitäten der Regierenden der Welt surfen.

Es gibt keine Anzeichen dafür, dass das Spiel der neuen islamistischen Führer und Diktatorenlehrlinge in Damaskus, der Regierenden in der Türkei, die ihnen zur Macht verholfen haben, und der Großmächte, die ihnen applaudiert haben, nicht bald von der syrischen Bevölkerung selbst vereitelt werden könnte. Wahrscheinlich ist die Bevölkerung nicht bereit, eine neue Diktatur zu akzeptieren, die die Diktatur von Assad ersetzt, gegen die sie 2011 aufbegehrt hatte, oder den Krieg, der auf ihrem Rücken zwischen rivalisierenden Clans weitergeführt wird, länger zu tolerieren. Die unterdrückten Kurd:innen in Syrien, ihre Brüder und Schwestern in der Türkei, im Irak und im Iran sowie in der syrischen Bevölkerung selbst hätten ein Interesse daran, sich gegen Führungen zu verbinden, die alle mehr oder weniger direkt den Interessen imperialistischer Mächte untergeordnet sind. ■

Stefan Ino, übersetzt aus dem Französischen

Großisrael und regionale Hegemonie durch Zerstörung und Massaker

In den letzten Wochen hat sich das Vorgehen der israelischen Armee an allen Fronten verschärft. Mit der Zerstörung des Gazastreifens setzt die Netanjahu-Regierung das fort, was die meisten humanitären Organisationen inzwischen als Völkermord bezeichnen. Die jüngste Grausamkeit war die Zerstörung des Kamal-Adwan-Krankenhauses, des letzten noch teilweise funktionierenden Krankenhauses im Norden von Gaza. Der Direktor, die Ärzte und ein Großteil des Pflegepersonals wurden unter dem ausgeleierten Vorwand, es handele sich um „Hamas-Terroristen", festgenommen. Die Armee hungert die Bevölkerung des Gazastreifens weiter aus und blockiert die Einfuhr von Lebensmitteln. Da die Augen der Welt auf Syrien gerichtet sind, setzt das israelische Regime sein grauenhaftes Werk in Gaza fort, in der eine ganze Bevölkerung zu sterben droht.

Die israelische Luftwaffe bombardiert aus allen Richtungen

Gerade in Syrien kann die israelische Regierung gut damit leben, dass Islamisten an die Macht gekommen sind, die früher mit Al-Qaida in Verbindung standen. Netanjahu schreibt sich sogar den Sturz des Regimes von Baschar al-Assad zu, weil seine Truppen im Libanon einen Großteil des militärischen Potenzials der Hisbollah, die den syrischen Diktator aktiv unterstützt hatte, vernichtet haben. Trotzdem bombardierte die israelische Armee noch das, was nach 14 Jahren Krieg gegen die eigene Bevölkerung vom militärischen Potenzial Syriens übrig geblieben war.

Gleichzeitig intensivierte die israelische Luftwaffe ihre Angriffe im Jemen und bombardierte den internationalen Flughafen der Hauptstadt Sanaa, der sich in den Händen der Houthis befindet.

Von Beginn seiner Intervention im Libanon an nahm das israelische Regime sogar die auf den Golanhöhen stationierten UN-Truppen ins Visier, die sich schnell verschanzten, um nicht die ihr eigentlich zugewiesene Rolle als „Friedenstruppe" spielen zu müssen.

Terrorisierung der Bevölkerung: eines der Kriegsziele

Das israelische Regime schert sich einen Dreck um das „internationale Recht", auf das sich die Vertreter internationaler Organisationen berufen. Diese wiederholen immer und immer wieder, dass es ein Kriegsverbrechen sei, Zivilist:innen anzugreifen. Als ob nicht in allen Kriegen die „Zivilist:innen" am meisten betroffen wären! Das ist im Nahen Osten heute offensichtlich, aber es ist in allen Kriegen der Fall, vom Bombenteppich und den Atombomben am Ende des Zweiten Weltkriegs bis zu den heutigen Kriegen.

Die Bevölkerung zu terrorisieren ist in imperialistischen Konflikten Pflicht: Die Menschen in Ländern, deren Regime zusammenbrechen, sollten nicht daran denken, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Die Großmächte ließen Baschar al-Assad absichtlich gewähren, als der Arabische Frühling 2011 Syrien erreichte. Und die Untätigkeit aller Staaten angesichts der Übergriffe von Netanjahus Truppen, einschließlich der arabischen Nachbarstaaten, erklärt sich aus der faktischen „Lektion", die ihrer eigenen Bevölkerung durch die israelischen Massaker erteilt wurde.

Israel beweist sich als wichtigste Regionalmacht

Es ist müßig zu fragen, ob Netanjahu mit der Zustimmung der imperialistischen Mächte, insbesondere der USA, handelt: Sie stehen alle hinter dem Staat Israel, egal was seine Führung tut, und versorgen ihn kontinuierlich mit den notwendigen Waffen und den Geldern für deren Erwerb. Abgesehen von dem immer wahrscheinlicher erscheinenden Ziel, ein „Groß-Israel" zu errichten, indem man die Nachbarländer mit „Pufferzonen" und Siedlungen beschneidet, ist Israel dabei, seine Position als erste Regionalmacht zu festigen. Das heißt, dass Israel die Rolle als Polizist der imperialistischen Weltordnung im Nahen Osten ausübt und alle Staaten in der Region, die selbst einen Platz als Regionalmacht anstreben, daran erinnert, dass sie unter Kontrolle stehen.

» Das heißt, dass Israel die Rolle als Polizist der imperialistischen Weltordnung im Nahen Osten ausübt und alle Staaten in der Region, die selbst einen Platz als Regionalmacht anstreben, daran erinnert, dass sie unter Kontrolle stehen. «

Das ist übrigens der Sinn der Botschaft an den Iran, den die imperialistischen Mächte trotzdem auch bereit sind, direkt oder indirekt zu nutzen, um Bevölkerungen im Pulverfass Naher Osten unter Kontrolle zu halten – die Hisbollah im Libanon, um nur ein Beispiel zu nennen, war auch ein Mittel, um die palästinensischen Flüchtlinge zu kontrollieren. Natürlich sind Ausrutscher immer möglich, aber es scheint unwahrscheinlich, dass es zu einem echten Krieg zwischen dem Iran

[Fortsetzung auf S. 14]

[Fortsetzung von S. 13]

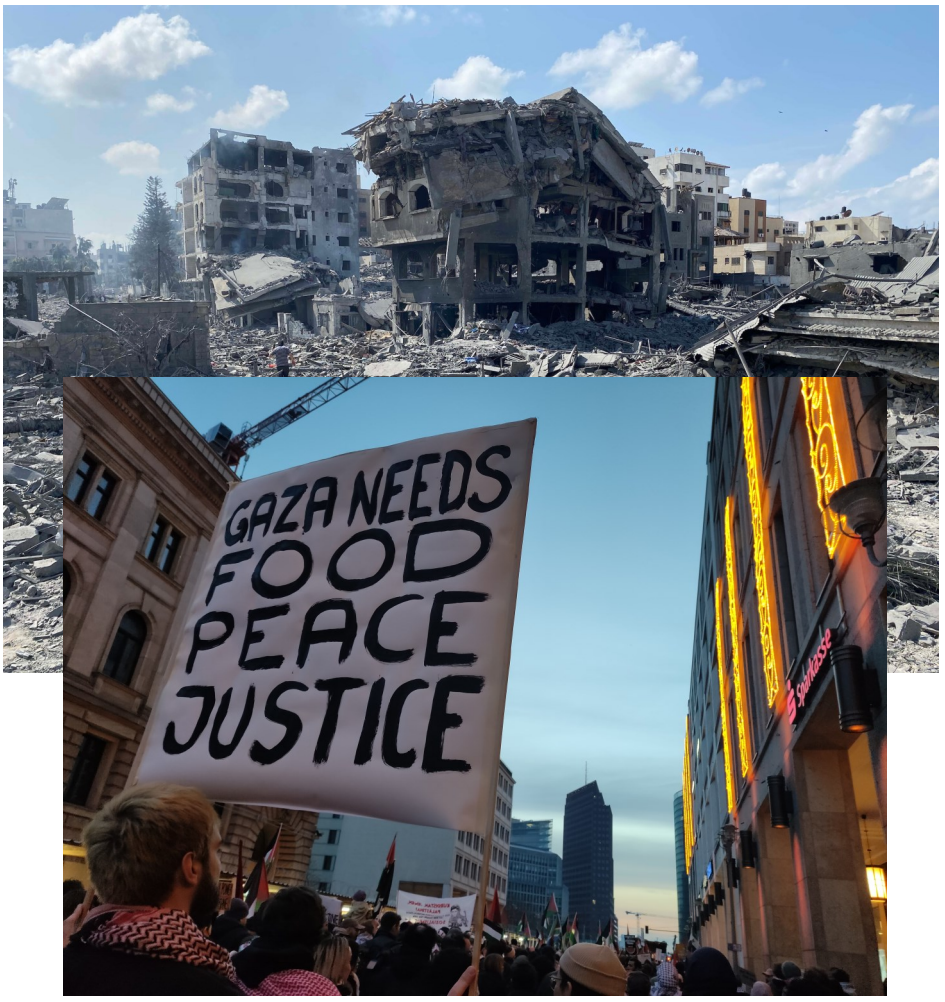
und Israel kommen wird. Die iranische Führung will das nicht, vor allem, da sie noch eine Revolte eines großen Teils der Bevölkerung am Hals hat. Der Iran ist ein riesiges, dicht bevölkertes, aufgerüstetes Land: Die Mittel, die man einsetzen müsste, um gegen den Iran Krieg zu führen, kämen einem Flächenbrand in der gesamten Region gleich, den weder Netanjahu noch sonst jemand will, jedenfalls bislang nicht.

Die israelische Bevölkerung wird von der Führung des Landes als Geisel genommen

Die Verwirklichung des jahrzehntealten Traums von „Groß-Israel“, die Festigung seiner Position als lokaler „first cop“ im Dienste des Imperialismus - all das passiert um den Preis von Zehntausenden von Opfern. Und des immensen Schadens, den dies in den kommenden Jahren in Israel selbst verursachen wird. Indem die israelische Führung die Palästinenser:innen in den Augen der israelischen Bevölkerung entmenschlicht hat, hat sie viele junge Menschen in Uniform - die einen Großteil der israelischen Jugend ausmachen - in skrupellose Killer verwandelt. Durch unzählige Zeugenberichte von Soldat:innen und Recherchen ist das belegt. Dies wird sich unweigerlich auf die israelische Gesellschaft selbst auswirken. Diejenigen, die dort glauben, sie hätten den Frieden gewonnen, irren sich gewaltig. Der „Frieden der Friedhöfe“ ist niemals ein Frieden.

Erstens, weil das Recht des Stärkeren sich nicht gut mit demokratischen Freiheiten verträgt und die israelische Gesellschaft immer mehr in Richtung Rechtsextremismus abrutscht. Lenins Satz in „Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen“: „Ein Volk, das ein anderes unterdrückt, kann nicht frei sein“, ist nach wie vor brandaktuell.

Zweitens, weil der Blutgraben, der zwischen Israelis und Palästinenser:innen - und generell allen Völkern in der Region - aufgerissen wird, den Wunsch nach Rache an den Unterdrückern schüren wird. Damit dieses Gefühl nicht zu neuen nationalistischen oder religiösen Sackgassen führt, wird es notwendig sein, der palästinensischen Jugend eine andere politische Perspektive zu bieten als die, die von den derzeitigen Organisationen angeboten wird - sowohl von der Gefolgschaft der Fatah, als auch von denen, die sich für den Weg der Hamas entscheiden. Eine internationalistische Perspektive ist der Ausweg, die umso mehr möglich ist, als die palästinensische Diaspora zahlreich und über die ganze Welt verteilt ist.



Aber es wird auch notwendig sein, dass die israelische Arbeiter:innenklasse mit der Kriegspolitik des Zionismus bricht. Denn der Zionismus ist eine Politik, die von Netanjahu auf die Spitze getrieben wird, die aber in Wirklichkeit Kontinuität der Politik aller israelischen Regierungen ist, selbst derjenigen, die sich als „links“ bezeichneten. Es ist nicht möglich, einen friedlichen Nahen Osten auch nur ins Auge zu fassen, wenn der Zionismus und das, was er von Anfang an darstellte, aufrechterhalten wird: der bewaffnete Arm der imperialistischen Mächte, um die Völker einer an Ressourcen reichen Region zu unterwerfen.

Mit seinen Massakern in Gaza und der Verbreitung von Tod und Verwüstung in der gesamten Region hat Netanjahu die israelische Bevölkerung, die als Komplizin dieser Übergriffe gesehen wird, als Geisel genommen. Alles, was man sich wünschen kann, ist, dass in Israel selbst ein Aufstand der Bevölkerung das verrottete Regime Netanjahus und seiner blutrünstigen Generäle stürzen wird. Aber die israelischen Arbeiter:innen müssen eine ganze Politik gegenüber den Bevölkerungen der Nachbarländer entwickeln, eine Politik der Wiedergutmachung, einen gemeinsamen Kampf gegen die Unterdrücker, um zu hoffen, dass sie die Blutspur überbrücken können, die in ihrem Namen zwischen ihnen und allen Völkern der Region gezogen wurde. ■

Jean-Jacques Franquier, übersetzt aus dem Französischen

Die Saat des heiligen Feigenbaums

Was wissen wir von dem Land Iran, das zwischen Irak und Afghanistan liegt, außer dass die Bevölkerung seit einer „Islamischen Revolution“ 1979 unter einer Diktatur leidet? Der Film „Die Saat des Heiligen Feigenbaums“, der gerade in den Kinos läuft, zeigt uns eine Momentaufnahme des heutigen Iran. Die mächtige Protestbewegung 2022 steht im Zentrum des Films.

Der Film erzählt das Leben einer kleinbürgerlichen Familie. Der Vater zweier jugendlicher Töchter hat gerade eine bessere Stelle bekommen. Soweit alles gut – wobei: Der Vater arbeitet ausgerechnet für das Justizministerium, neuerdings als Untersuchungsrichter. Und sein Karrieresprung fällt zeitlich zusammen mit einer Wutexplosion der Jugend im Land.

„Frau, Leben, Freiheit!“

Mit diesem Spruch bietet die Jugend der islamistischen Diktatur 2022 die Stirn. Der Anlass der großen Protestbewegung war der Tod einer jungen kurdischen Frau. Die Sittenpolizei hatte sie festgenommen, weil sie ihr Kopftuch angeblich nicht richtig getragen hätte.

Im Film verfolgen die beiden Töchter über ihre Handys die Entwicklung der Bewegung und werden Teil davon. Während sie den Opfern der harten staatlichen Repression helfen wollen, ermittelt der Vater gegen zahlreiche Demonstrierende und bringt sie in den Knast oder gar in den Tod.

Die Töchter unterstützen sich gegenseitig. Doch der Familienpatriarch will weiter herrschen. Die politische Situation sitzt als ungebetener Gast bei ihnen zu Hause auf dem Sofa ...

Der Film ist ein Porträt der heutigen Diktatur im Iran und ein Frontalangriff gegen den herrschenden Staat. Er musste wegen der strengen Überwachung heimlich gedreht werden. Nach den Dreharbeiten mussten sowohl der Regisseur Mohammad Rasulof als auch Schauspieler:innen ins Ausland fliehen. Die Repression hat den Regisseur außerdem dazu gezwungen, die Geschichte auf einen kleinen Familienkreis zu beschränken. Die Proteste werden durch Videos aus der Bewegung gezeigt, die schnell mit dem Handy gedreht wurden: so wechselt der lange Film zwischen Dokumentation und Fiktion und wird eine Verehrung der kämpfenden Frauen. Er zeigt die Kraft einer Bewegung und die Kraft einer jungen Generation, wenn sie sich nichts mehr vorschreiben lässt..

> » Die politische Situation sitzt als ungebetener Gast zu Hause auf dem Sofa ... «

Als der Islamismus zu einer Waffe wurde

Der heutige Mullah-Staat kann nicht mit einer „islamischen Kultur“ des Iran erklärt werden. Ganz im Gegenteil. Die islamistische Diktatur in Iran hat ihre Wurzeln in politischen Manövern der imperialistischen Mächte, vor allem der USA, die schon vor 50 Jahren (noch in Zeiten des Kalten Kriegs) sozialistische Strömungen in der Welt kontrollieren und, wenn möglich, zerstören wollten. Im Nahen Osten wurde das beste Mittel dafür gefunden: der Islam. Ayatollah Khomeini, der 1979 im Iran an die Macht kam, war in den bewegten revolutionären Jahren in dieser Region ein Joker der USA, Deutschlands, Frankreich und England, die ihm den Weg geebnet haben.

Damals kam – ganz anders als „Die Saat des heiligen Feigenbaums“ – ein Film zur Verehrung des Propheten Mohammed in die Kinos: „Muhammad: The Messenger of God“ (später umbenannt: „The Message“). Der Film wurde in zwei Versionen (arabisch und englisch) mit Beteiligung von Hollywoodstars gedreht, unter anderem von Großbritannien produziert und für einen Oscar nominiert. Ein Teil der Finanzierung kam von den USA. Der Film, der letztendlich 1976 veröffentlicht wurde, war aufwändig und zielte darauf, die Muslime zu manipulieren. Statt sozialistischer Ideen, die bei der jüngeren Generation sehr beliebt waren (auch im Iran), wurde der Islam hervorgehoben...

Bis heute ist die Diktatur der Mullahs, vor allem für die Frauen und die Jugend, der Horror. In den imperialistischen Ländern präsentiert sich die Politik gerne als Verteidigerin der dortigen Bevölkerung, was eine Heuchelei ist. Daher muss die Geschichte Irans, vor allem auch die Geschichte einer kämpferischen Bevölkerung, dringend und immer wieder erzählt werden! ■

Pedram Taslimi und Lorenz Wassier, Berlin

IMPRESSUM | Herausgeberin: RSO, Stiftgasse 8, 1070 Wien | Druck: Eigenvervielfältigung/WIRmachenDRUCK
Verantw. Redakteur: Klaus Kirschner c/o Stefan Bommer, Bildungsgesellschaft für Arbeiter*innen, Sonnenallee 152, 12059 Berlin

VERANSTALTUNGEN

Berlin
19:00 Uhr | Ort folgt

Di, 16. 1. Bundestagswahl: Wie die AfD schlagen?

Sa, 18. 1. Wahlkampfkomitee-Treffen

Düsseldorf
19:00 Uhr | Kulturcafé Solaris, Kopernikusstr. 53

Do, 16. 1. Bundestagswahl: Wie die AfD schlagen?

Do, 23. 1. Solidarność-Bewegung in Polen und der Streik in der Lenin-Werft

Do, 30. 1. Migrant:innen in Streiks (Ort: HHU Düsseldorf)

Do, 6. 2. Schüler:innen, Studis und Streikbewegungen der Arbeitenden

Do, 13. 2. Der Streik bei Bosch-Siemens-Hausgeräte

Wien
19:00 Uhr | Ort folgt

Do, 16. 1. Bundestagswahl in Deutschland: Wie die AfD schlagen?

Hier findet ihr uns online

Deutschland
www.sozialismus.click
rsodeutschland

Österreich

www.sozialismus.net
rso_organisation
rsoorganisation

Revolutionär Sozialistische Organisation

Sozialismus oder Laberei

rso
revolutionär sozialistische organisation

WER WIR SIND UND WAS WIR WOLLEN

Die bewusste Verwendung von Ressourcen und die Nutzung des gesamten menschlichen Wissens können allen Menschen auf unserer Erde ein gutes Leben sichern und gleichzeitig die Welt vor dem Klimakollaps retten. Stattdessen steuert die Welt von einer Krise in die nächste. Ursache für all dies ist der Kapitalismus, der ausschließlich im Interesse einiger Weniger funktioniert.

Wir, die Revolutionär Sozialistische Organisation (RSO), organisieren uns gegen den Kapitalismus und für eine sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Der Sozialismus, für den wir kämpfen, ist eine freie, demokratische, auf gewählten Räten aufbauende Gesellschaft. Eine Gesellschaft, die im Interesse aller funktioniert. Die Arbeiter:innenklasse hat das Potenzial, diese Gesellschaft zu verwirklichen. Deshalb geben wir seit vielen Jahren Flugblätter in unterschiedlichen Betrieben heraus, mit denen wir Missstände anprangern, Kolleg:innen ein Sprachrohr bieten und versuchen Basisaktivitäten zu vernetzen. Wir nehmen an Demonstrationen, Aktionen und Arbeitskämpfen teil, diskutieren solidarisch über Politik und tauschen uns mit unterschiedlichen Aktivist:innen aus. In sozialen und ökologischen Konflikten treten wir für die Selbstorganisation und die Ausdehnung der Kämpfe auf breitere Teile der Lohnabhängigen ein. Für uns ist der Kampf gegen Ausbeutung, gegen Sexismus und Rassismus, gegen Rechtsextremismus und gegen Umweltzerstörung immer verbunden mit einem Kampf gegen den Kapitalismus. Denn der verhindert ein solidarisches Zusammenleben.

Wir sind in verschiedenen Städten und Ländern aktiv und vernetzt, zurzeit in Deutschland, Österreich, Frankreich und den USA. Dabei setzen wir uns ein für den Aufbau einer revolutionär kommunistischen Internationale in der Welt und für den Aufbau unabhängiger Parteien der Arbeiter:innenklasse, abseits von reformistischen und bürokratischen Partei- und Gewerkschaftsapparaten. Wenn Du an diesem Projekt interessiert bist, dann tritt mit uns in Kontakt, werde mit uns aktiv und unterstütze uns im Aufbau einer revolutionären und sozialistischen Organisation!

Eine ausführlichere Version findet ihr unter:

www.sozialismus.click/was-wir-wollen/

Ihr erreicht uns in Deutschland unter:

info@sozialismus.click

www.sozialismus.click

Und in Österreich:

rso@sozialismus.net

www.sozialismus.net